Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer*innen Bayern - *unserVETO***

www.unserVeto-Bayern.de

Sattlerweg 38
85238 Petershausen
28.05.2023

Offener Brief an die Parteien der Ampel-Koalition im Bund und an deren Vertreter*innen in Bayern

In aller Deutlichkeit wenden wir uns gegen Pläne der Bundesregierung angesichts der laufenden Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Mit Blick auf das Treffen der EU-Innenministerinnen und Innenminister am 8. Juni 2023 appellieren wir an die Bundesinnenministerin, dass Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht wird. Dem Protest von über 50 Organisationen (https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/Gemeinsames-Statement_GEAS_16.05.2023_final.pdf) sowie von mehr als 700 Rechtsanwält*innen und Jurist*innen (https://www.rav.de/publikationen/mitteilungen/mitteilung/das-recht-auf-schutz-darf-nicht-abgeschafft-werden-949) schließen wir uns ausdrücklich an.

Wir leugnen dabei nicht die Komplexität der Lage. Als Verband haben wir uns in den vergangenen Jahren an vielen Stellen um pragmatische Lösungsansätze bemüht. Es darf jedoch keine Kompromisse auf Kosten des Flüchtlingsschutzes geben:

- Eine Erstprüfung der Asylgründe an den EU-Außengrenzen (oder außerhalb der EU) würde zu einer Absenkung der Standards bei der Prüfung des Schutzanspruchs und wohl zu langjährigem Aufenthalt vieler Geflüchteter unter Haftbedingungen führen. Wie hierdurch Abschiebungen erleichtert werden können, ist nicht nachvollziehbar.
- Eine zeitliche Ausdehnung des Dublin-Verfahrens verlängert lediglich die Unsicherheit der betroffenen Geflüchteten, ohne Probleme zu lösen.
- Da die Bleibegründe vielfältig sind, wird eine Politik großangelegter „Rückführungsoffensiven“ scheitern und langfristig zu großen Integrationsproblemen dableibender Menschen führen.
- Erfahrungen mit dem Grenzschutz durch Frontex zeigen, dass so ein rechtstaatlicher Umgang mit Geflüchteten nicht gewährleistet ist. Bevor die Aufgaben von Frontex erweitert werden, muss Frontex daher reformiert werden.

- Angesichts der derzeitigen politischen Stimmungslage innerhalb der EU-Staaten ist es illusorisch, auf einen solidarischen Verteilungsmechanismus von Geflüchteten zu hoffen.
- Da die Politik der EU-Staaten immer mehr in Richtung Abschottung und völkerrechtswidrigen Push-Backs tendiert, ist es umso wichtiger, dass sich die Bundesregierung klar für die Einhaltung des Völkerrechts einsetzt. Auch aus historischer Verantwortung: Das Recht auf Asyl muss erhalten bleiben und darf nicht durch anderslautende Regelungen de facto ausgehebelt werden.

Alarmierend sollte es für Sie sein, wenn Experten, die sonst kontroverse Positionen zur Reform des Europäischen Asylsystems vertreten, die Pläne dennoch jeweils klar ablehnen (vgl. Maximilian Pichl: https://verfassungsblog.de/europas-werk-und-deutschlands-beitrag/ sowie Gerald Knaus im Artikel von Lenz Jacobsen und Katharina Schuler: https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-05/asylzentren-eu-grenzen-nancy-faeser).

Wir bitten Sie daher, Ihre Pläne zu revidieren.

Verband der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen Bayern
Vorsitzender: Dr. Joachim Jacob